

GÖTTINGER BLÄTTER

06.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Zwangsarbeiterausstellung gefährdet

von Eckhard Fascher

Am 17. April 2015 wurde in den Räumen der Göttinger BBS II die Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“ eröffnet. Die Dauerausstellung dokumentiert das Schicksal von geschätzt bis zu 60.000 Menschen aus den von den Nazis im zweiten Weltkrieg besetzten Ländern, die in den heutigen Landkreisen Göttingen und Northeim Zwangsarbeit leisten mußten. Träger sind die Geschichtswerkstätten Göttingen und Duderstadt, die die Ausstellung gemeinsam mit Projektpartnern aus Polen, Italien und den Niederlanden sowie Instituten der Fachhochschule Hannover und der Universitäten Hannover und Erlangen-Nürnberg erarbeitet haben.

Mehrsprachig und aus einer europäischen Perspektive ist die Ausstellung, die einzige in der Stadt und im Landkreis Göttingen, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Opfer beschäftigt. Dem Anlass angemessen wurden Reden u.a. von der Landeskultusministerin Frauke Heiligenstadt und der damaligen Göttinger Sozialdezernentin Dagmar Schlappet-Beck gehalten. Die Kultusministerin hatte auf die große

Bereicherung und die hervorragenden pädagogischen Möglichkeiten durch die Verbindung von historischer Forschung und Berufsschule hingewiesen.

Die interaktiv und multimedial gestaltete Schau zeigt an 13 Stationen das Ausmaß der Zwangsarbeit während der NS-Zeit in den heutigen Landkreisen Göttingen und Norheim. Die Einzelschicksale werden dem Besucher anhand von Texten, Bildern, historischen Dokumenten und Filminterviews deutlich gemacht. Zwangsarbeiter wurden unter anderem in der Industrie, in Gaststätten, in der Landwirtschaft, bei der Müllabfuhr oder in kirchlichen Einrichtungen und Privathaushalten eingesetzt. Die Schau dokumentiert Lebensläufe der Betroffenen und geht dabei weit über den Abschnitt der Zwangsarbeit hinaus und zeigt wie diese davor und auch danach gelebt haben. Sie verdeutlicht den Alltag der Zwangsarbeiter, die Menschenverachtung, ständige Quälerei und Gefahr, der diese Menschen ausgesetzt waren. Auch im Internet ist die Ausstellung gut dokumentiert: <http://www.zwangsarbeit-in-niedersachsen.eu>

Mehr als 600 Besucher, darunter viele Schulklassen, kamen bereits im ersten halben Jahr in die Ausstellung. Nicht

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Zwangsarbeiterausstellung	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
Nazidemo am Bahnhof	10
GöLinke	11
Demo Siekhöhe	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07/08.2016
ist der 17. Juni.
Auslieferung am 23. Juni.

nur Führungen wurden dabei von Seiten der Geschichtswerkstätten organisiert auch ein ständiges Begleitprogramm mit Veranstaltungen oder auch regelmäßigen Exkursionen zu Orten der Zwangsarbeit in der Region.

Im Göttinger Kreistag und vor allem in dessen Kulturausschuss ist die Zwangsarbeiterausstellung seit vielen Jahren Thema. Bereits im Jahre 2006 wurde durch den Landkreis eine Studie des Historikers Günther Siedbürger zur Zwangsarbeit im Kreis Göttingen veröffentlicht.

Glaubt man den Statements und Reden der lokalen Politiker ist diese Aufarbeitung unserer NS-Vergangenheit eigentlich etwas, was alle Parteien im Kreistag von CDU bis LINKE. wichtig finden. Eigentlich! Immer wieder mussten CDU, SPD und Grüne davon überzeugt werden, dass es für das Gelingen des Projektes öffentlicher Zuschüsse bedarf. Nicht gerade einfach war es überhaupt Räumlichkeiten für eine dauerhafte Ausstellung zu finden.



Interviews mit Zeitzeugen können nur an den Learning Centers in der Ausstellung vor Ort in Göttingen betrachtet werden. (Bildquelle: Lisa Grow – www.geschichtswerkstatt-goettingen.de)

(...) Fortsetzung auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Das war unser 8. Mai 2016:

Bilder unserer Gedenkveranstaltung und einige der gehaltenen Redebeiträge wurden von Klaus Peter Wittemann zusammengestellt auf seiner Internetseite, auf die wir hiermit gerne verweisen:

<http://www.kpw-photo.com/Sudoku-Photographie/Bestand%202016/SF%20Gedenken%20Befreiung%202015->

05-08/Index%20Gedenken%20Befreiungstag%202016-05-08.htm

Dank unsererseits geht an alle, die sich an der Vorbereitung, an der Mobilisierung und an der Bereitstellung der Technik beteiligt haben. Dank an alle Rednerinnen und Redner und an all unsere Bündnispartner, die dafür gesorgt haben, dass auf der gemeinsamen Ge-

denkveranstaltung erneut historische wie aktuelle Geschehnisse aufgegriffen und aus einer antifaschistischen Perspektive thematisiert wurden.

Neben unserer alljährlichen Gedenkveranstaltung, an der sich diesmal etwa 75 Personen beteiligt haben, fand parallel auch ein antifaschistisches Kulturfest der ALI auf dem KAZ-Platz statt, um an den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung zu erinnern. Auch dieses wurde rege besucht. Sowohl im Stadtradio wie im Göttinger Tageblatt wurde über die 8.-Mai-Veranstaltungen positiv berichtet.

Aus dem Redebeitrag von Günther Siedbürger, gehalten im Namen der Geschichtswerkstätten Duderstadt und Göttingen, auf dem diesjährigen 8.-Mai-Gedenken:

Heute vor einem Jahr durfte ich an dieser Stelle auf die kurz zuvor eröffnete Ausstellung hinweisen. Ich erwähnte auch, dass sie laut Beschluss des Göttinger Kreistages perspektivisch den Kern eines Lernortes zum Thema „Nationalsozialismus in Südniedersachsen“ bilden soll.

Heute möchte ich kurz von unseren Erfahrungen und Problemen nach gut einem Jahr Betrieb der Ausstellung berichten.

- Sowohl von Einzelbesucherinnen und -besuchern als auch von Schulklassen und anderen Gruppen erhalten wir immer wieder positive und emotional berührte Reaktionen.
- Der Ort ist jedoch für „Laufpublikum“ schwierig.
- Insbesondere im aktuellen, sehr kurzen Schuljahr waren auch Schulklassen nicht einfach zum Besuch der Ausstellung zu bewegen.
- Als Veranstaltungsort zu NS-Themen ist die Ausstellung in Göttingen noch nicht etabliert.
- Das ist keine Überraschung, denn es ist kein Geheimnis, dass man einen langen Atem braucht und sich immer wieder durch Veranstaltungen etc. ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen muss.
- Das bedarf gesicherter Kontinuität.
- Es kann nicht ehrenamtlich geleistet werden.

Und eben hier beginnen unsere Probleme:

- Die Stadt Göttingen betrachtet die Ausstellung als Angelegenheit des Landkreises und fördert sie daher nicht.
- Der Landkreis Göttingen hat relativ viel Geld in den Umbau der Räumlichkeiten gesteckt. Nun beschränkt er seine Förderung aber darauf, den Raum und eine gewisse Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
- Es stehen keine Haushaltsmittel für Projektarbeit zur Verfügung.
- Die Fraktion „Die Linke.“ im Kreistag hat einen Antrag auf Übernahme von Personalkosten für die Ausstellung gestellt, der in den Kulturausschuss überwiesen wurde. Jedoch zeichnete sich bereits bei der Diskussion im Kreistag ab, dass die Übernahme von Personalkosten, die allein die erfolgreiche und kontinuierliche Durchführung der notwendigen Arbeiten gewährleisten würde, von allen großen Fraktionen abgelehnt wird.
- Selbst eine in Aussicht gestellte, durchaus umfangreiche Förderung durch die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten scheitert daran, dass der Landkreis die notwendige Ko-Finanzierung nicht aufbringt.

Wir erfahren direkt in der Ausstellung, aber auch auf unseren begleitenden Veranstaltungen viel Zuspruch. Immer wieder wird betont, wie wichtig es gerade heute ist, dass wir die Erinnerung an das Verbrechen der Zwangsarbeit, wie es

auch hier in unserer Region verübt wurde, wach halten.

Wir sehen aber auch, wie dieses Thema gerne einmal in Sonntagsreden aufgegriffen wird, wie konkrete Unterstützung und Förderung aber auf ganz andere Themen gerichtet wird. Das ist aus unserer Sicht enttäuschend, ernüchternd, aber vor allem weder der Ausstellung noch insbesondere der Menschen, um die es dort geht – also den ehem. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern – angemessen.

Wir erwarten vom Landkreis, dass er die Ausstellung nun auch so fördert, wie es ihrer Qualität und der Bedeutung des Themas gebührt. Dafür ist genug Geld da – sollte es am politischen Willen fehlen?

Abschließend ein kurzer Hinweis auf unser Bildungsprogramm für das aktuelle Quartal – auch diese Angebote werden wir ohne weitere Unterstützung nicht mehr aufrechterhalten können – und die nächste Veranstaltung, einer Busfahrt zu Stätten von NS-Zwangsarbeit am 21. Mai. Am 10. Juni wird Martin Heinzelmann in den Räumen der Ausstellung einen Aspekt seines heutigen Beitrags ausführlich darstellen, nämlich die Beteiligung der Göttinger Infanterie am Verbrechen der Heranziehung der sowjetischen Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit. Zu diesen und weiteren Veranstaltungen lade ich Euch und Sie gerne ein.

Danke für die Aufmerksamkeit!

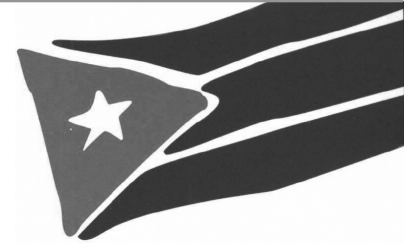
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 07. Juni

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Was geht mit der Blockade?

1. Mai in Havanna: Hunderttausende fordern auf dem Platz der Revolution ein Ende des US-Wirtschaftskriegs

Unter dem Motto: »Für Kuba: Einheit und Verpflichtung für unseren Sozialismus« fand am Sonntag in Havanna die weltweit größte Maikundgebung statt. Mehr als 600.000 Arbeiter, Schüler und Studenten aus allen Stadtbezirken der Hauptstadt fanden sich auch dieses Jahr wieder in den frühen Morgenstunden bei strahlendem Sonnenschein zur traditionellen Demonstration auf dem Platz der Revolution ein.

Die Kundgebung stand dieses Jahr unter dem Zeichen des 55. Jahrestags der Alphabetisierungskampagne und der Vorbereitung auf den 90. Geburtstag von Revolutionsführer Fidel Castro. Kubas Pädagogen bildeten die Spitze des Demonstrationzugs, mit großen Pappstiften ausgestattet symbolisierten sie den Einzug der Alphabetisierungsaktivisten 1961 in Havanna. Bei der Kampagne wurde damals mehr als 700.000 Kubanern vor allem aus dem ländlichen Raum das Lesen und Schreiben beigebracht.

Zu Beginn des Aufmarschs erklang Kubas Nationalhymne, die »Bayamesa«. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes CTC, Ulises Guilarte de Nacimientto, begrüßte in seiner Rede die progressiven Bewegungen der Welt und rief zum Kampf gegen den »parlamentarischen Staatsstreich« in Brasilien auf.

Auf der halbmondförmigen Tribüne vor dem José-Martí-Denkmal fanden sich neben Präsident Raúl Castro, dem Ersten Vizepräsidenten Miguel Díaz-Canel, anderen hochrangigen Politbüromitgliedern und Militärs auch die gut 200 geladenen internationalen Gäste ein, um die vorbeiziehenden Paradedeilnehmer zu begrüßen. Ebenso anwesend waren die »Cuban Five«, jene fünf kubanischen Antiterroraufklärer, die nach jahrelanger Haft in den USA inzwischen wieder in ihrer Heimat leben.

Tausende Betriebskollektive brachten auf Transparenten ihren Zuspruch

zu anstehenden Transformationen im staatlichen Sektor zum Ausdruck. Auf anderen Plakaten wurde die Rückgabe des US-Marinestützpunktes Guantanamo gefordert. Unübersehbar war auch das Bekenntnis zur antiimperialistischen Solidarität im Demonstrationzug. Die Arbeiter der Zuckerindustrie gaben mit ihren grünen Rohrzuckerstäben der Manifestation weitere Farbtupfer. Die US-Wirtschaftsblockade, unter der die sozialistische Insel seit über einem halben Jahrhundert leidet, wurde mit einer Anspielung auf den Staatsbesuch von Barack Obama Ende März angeprangert. »Qué bola Cuba?« (Was geht, Kuba?) hatte der US-Präsident damals auf Twitter gefragt, und bekam jetzt auf einem Transparent die Gegenfrage: »Obama, qué bola con el bloqueo?« (Obama, was geht mit der Blockade?)

»Wenn ich das hier sehe, kommen mir die Tränen«, sagte die gebürtige Thüringerin Sonja Thormeyer im Gespräch mit jW. Das gelte insbesondere, »wenn ich so sehe, was bei uns los ist«. Die 81jährige war als Mitglied der Solidaritätsorganisation Cuba Sí auf der Tribüne zu Gast und nahm bereits zum zehnten Mal an der Maidemonstration in Havanna teil. Die Parade sei in den vergangenen Jahren nicht kleiner geworden, stellte Thormeyer fest.

Obwohl Fidel Castro zuletzt im Jahr 2006 auf der Maidemonstration anwesend war, prangten zahlreiche seiner jüngsten Zitate an den Wänden der Ministerien am Revolutionsplatz. Der 89jährige hatte zuletzt Ende April eine 20minütige Rede auf dem VII. Parteitag der regierenden kommunistischen Partei (PCC) gehalten. Auf der Parade wurde anlässlich des bevorstehenden 90. Geburtstags des »Comandante en Jefe« am 13. August auch ein Geburtstagsständchen für Castro gespielt, das von »Viva Cuba!«- und »Viva Fidel!«-Rufen begleitet wurde.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst und der Metallindustrie

Ja, wann sind wir denn mal zufrieden, wir linken Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialisten? Wenn es denn mal gelingen würde, Forderungen durchzudrücken, die nicht nur Inflation und Produktivitätssteigerungen ausgleichen, sondern auch die Lohnquote verbessern würde. Aber die Realität sieht anders aus und verrät uns etwas über die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit.

VerDi forderte für die 2,14 Mio. Beschäftigten in Bund und Kommunen 6% mehr Lohn, 100 € mehr Ausbildungsvergütung und die Abschaffung grundloser Befristungen von Arbeitsverträgen. Auf provokante „Angebote“ der Arbeitgeber von 0,6% für 2016 und 1,2% für 2017 reagierten die Beschäftigten mit Warnstreiks, mussten sich aber schließlich auf 2,4%/2016 und 2,35%/2017 und insgesamt 65 € mehr Ausbildungsvergütung einlassen. Angesichts der niedrigen Inflationsrate ist das ein (kleiner) Reallohngewinn. Seitens VerDi werden Fortschritte bei der Entgeltordnung als weiteres positives Moment ins Feld geführt. Die Verhandlungen dazu ziehen sich allerdings schon Jahre hin und die Ergebnisse sind eher als Beifang dieser Tarifrunde zu werten, werden aber durch Kürzung beim „Weihnachtsgeld“ zu 50% alimentiert. Bei den grundlosen Befristungen gab's keine Annäherung. Sicher hat zu diesem Kompromiss der Angriff der Arbeitgeber auf die betriebliche Alterssicherung beigetragen, der zwar weitgehend abgeschlagen werden konnte, aber bei den Beschäftigten für weiche Knie sorgte.

Auf unerwartet heftigen Widerstand des Kapitals stieß die Forderung nach 5% mehr Lohn der IG Metall für die 3,8 Mio. Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Unerwartet, weil man mit den üblichen Krokodilstränen zwar rechnete, aber angesichts der sprudelnden Profite der Unternehmen mit einem leichteren Kampf rechnete. 760.000 Beschäftigte beteiligten sich schließlich an Warnstreiks, ehe in NRW eine Tarifeinigung

zustande kam, die auch in den anderen Tarifbezirken übernommen wurde. Demnach gibt's eine Einmalzahlung von 150 € und ab 1. Juli 2016 2,8% mehr Lohn, sowie eine weitere Erhöhung um 2% ab April 2017. Auch hier kann man von einem niedrigen Reallohngewinn ausgehen, wobei wenigstens die Vertragslaufzeit veröffentlicht wurden – im Gegensatz zum VerDi-Abschluss.

Wäre mehr möglich gewesen?

Das mehr nötig ist, um das Lohndumping seit dem Jahr 2000 auszugleichen, die Binnenkaufkraft zu stärken und damit die Abhängigkeit vom Export zu verringern, und die Konkurrenz zu den Beschäftigten der anderen Euro-Staaten zurück zu nehmen – daran dürfte kein Zweifel bestehen (siehe die Beiträge in <http://www.flassbeck-economics.de> und von Lucas Zeise in den Zeitungen UZ und Junge Welt).

Aber – wäre mehr möglich gewesen? Ja!

Dazu bedarf es aber einer anderen Haltung zu den gewerkschaftlichen Kämpfen – seitens der Einzelgewerkschaften und seitens der interessierten, linken Öffentlichkeit. Bisher tun Alle so, als sei eine Tarifrunde Sache der betroffenen Gewerkschaft. Dabei weiß jede/r, dass der erste Abschluss des Jahres die „Richtung“ für die Ergebnisse der anderen maßgeblich beeinflusst. Warum werden die Tarifrunden dann nicht zeitlich aufeinander abgestimmt – damit die Kämpfe mehr „Gewicht“ bekommen? Und warum schaut die interessierte Öffentlichkeit zu, statt sich an den Kämpfen zu beteiligen? Konkret in Göttingen: Wo waren VerDi, GEW, Linkspartei und DKP als am 11. Mai die IG Metall in Göttingen mit 1200 Beschäftigten für ihre Forderungen demonstrierte? Und wo waren diese 1200 Frauen und Männer der IG Metall am 1. Mai? Jedenfalls nicht auf der Mai-Kundgebung des DGB.

Und die Gewerkschaftsjugend auch nicht. Statt dessen hat sie dort mit Flat-

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 07. Juni, 20:00 Uhr

Tarifeinigung in der Charite Berlin

MV Dienstag, 21. Juni, 20:00 Uhr

IGM-Mitgliederbefragung

terband ein Rechteck abgesperrt, um ihr Wegbleiben zu demonstrieren. So sind die Verhältnisse! Den Klassenfeind freut's.

► Helferinnen und Helfer gesucht!

Vom 1.-3. Juli organisiert die DKP das Fest ihrer Zeitung, das UZ-Pressefest. Dieses ist nicht nur das größte Fest der politischen Linken, es treten zahlreiche linke Künstler auf, wie Grup Yorum (Türkei), The Movement (DK), Attila the Stockbroker (GB), Esther Bejarano & Microphone Mafia (D) und viele mehr. Auch politisch hat das Fest eine antifaschistische und antimilitaristische Stoßrichtung. Der Flüchtlingsbewegung und den Schwesterparteien der DKP wird inhaltlich größerer Raum angeboten. Das Fest wird von der SDAJ, dem Neuen Deutschland, der Jungen Welt, der Partei die Linke (NRW), dem VVN-BdA, Casa Cuba uvm. mit eigenen Zelten bereichert.

Um das Fest zu ermöglichen, brauchen wir Helferinnen und Helfer, für den Auf- und Abbau, im Zelt der DKP Niedersachsen und für zentrale Aufgaben. Dafür muss man nicht Mitglied der DKP sein. Bitte meldet euch bei der DKP Göttingen, rutkie@online.de oder toto17@secarts.de

Euere DKP Göttingen

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► 8. Mai 2016

Rede von Gerd Nier

**Liebe Kameradinnen und Kameraden,
Kolleginnen und Kollegen,
Genossinnen und Genossen!**

Während der Nazi-Diktatur waren es insbesondere Juden und Sinti und Roma, die aufgrund einer unmenschlichen Rassenideologie erniedrigt, verfolgt und in den Konzentrationslagern ermordet wurden. Es waren Zeugen Jehovas, die wegen ihrer religiösen Überzeugungen verfolgt wurden. Es waren homosexuelle Menschen, die gedemütigt und ihrer Freiheit beraubt in den KZs landeten. Es waren insbesondere Menschen aus den unterjochten osteuropäischen Ländern, die verschleppt, versklavt und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Und es waren alle Kommunisten und viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die zu Staatsfeinden erklärt, verfolgt, verhaftet und liquidiert wurden. Aus Sicht vieler sogenannter Volksgenossen waren sie für sie unisono Untermenschen und/oder Menschenmaterial, denen das Existenzrecht abgesprochen wurde und die bis zur physischen Vernichtung ausgequetscht bzw. in den Gaskammern zu Hunderttausenden ermordet wurden.

Geschichte wiederholt sich nicht hört, man häufig aus dem Munde von Historikern und Politikern. Das mag bedingt stimmen, wenn man sie 1 : 1 gegenüber stellt. Aber aus der Geschichte müssen wir lernen, wir müssen uns ihr stellen. Und deshalb gilt für mich der viel wichtigere Satz: „Wehret den Anfängen“. Deshalb hat der Schwur von Buchenwald „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens ist unser Ziel“ seine universelle Gültigkeit. Und er gewinnt angesichts des Erstarken rechter, faschistischer und rassistischer Bewegungen in vielen Staaten Europas und auch bei uns traurige Aktualität.

NSU, Pegida, AFD, neonazistische Kameradschaften und sogenannte Freundeskreise wie der bei uns agierende Freundeskreis Thüringen-Niedersach-



sen, diskriminieren, verfolgen, verletzen Flüchtlinge und machen selbst vor dem Töten von Migranten nicht halt. Sie diffamieren und verprügeln Linke, sogenannte Gutmenschen und Andersdenkende. Sie propagieren unverhohlenen rassistische Parolen, fühlen sich als Vollstrecker des sogenannten Volkswillens, indem sie Flüchtlingsunterkünfte anzünden. Sie stellen Menschen auf die Stufe von „Drecksvieh“, wie es z.B. Lutz Bachmann als Pegida-Hassredner machte, und bringen den Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge in die öffentliche Diskussion.

Die Brandstifter im wörtlichen und übertragenen Sinne treten nicht mehr nur in Springerstiefeln und mit polierter Glatze auf. Sie hetzen, pöbeln und verunglimpfen auch im Nadelstreifenanzug und im flotten Kostüm, wie Alexander Gauland und Frauke Petri. Es sind längst die Biedermänner und -frauen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft, die die Islamophobie schüren, die Toleranz und Humanität schmähen, die Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in ihren Aufmärschen propagieren. Und um ihren Zulauf zu stoppen, fällt den bürgerlichen Parteien bis hin zu sogenannten Sozialdemokraten, z.B. in Österreich gegenüber der FPÖ, nichts anderes ein, als sich ihren Forderungen und Parolen anzunähern. Das Wahlergebnis zur Präsidentschaftswahl in Österreich hat gezeigt, mit welchen Konsequenzen. Anbieten statt offensiver Auseinandersetzung, kuschen statt argumentativ dagegen zu halten ist

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

keine politische Antwort auf Hassreden, Menschenverachtung und Demagogie. Wer bei uns versucht, mit dem Aufgreifen rechtspopulistischer Forderungen die AfD zu schwächen, so wie es die CSU, aber auch vermehrt Politiker*innen aus den anderen Koalitionsparteien tun, stärkt sie auf Dauer nur und macht sie hoffähig für weitere orientierungslose, frustrierte, enttäuschte Menschen.

Unsere Gegenwehr kann nur sein, dass wir die menschenverachtenden, inhumanen und antisozialen Denkmuster der AfD aufdecken. Dass wir aufzeigen, dass die AfD keine soziale Partei für die kleinen Leute ist, wie sie vorgibt. Die AfD polemisiert gegen den Mindestlohn, gegen eine höhere Besteuerung der Superreichen und eine faire Erbschaftssteuer, gegen Hartz-IV-Empfänger*innen und gegen eine gerechtere Bildungspolitik. Ihr Programm belegt eindeutig, dass sie nicht nur einem engen Nationalismus huldigt, sondern elitäre, autoritäre Strukturen favorisiert, die entsolidarisieren, Feindbilder neu erstehen lassen, die eindeutig antidemokratisch und rassistisch ausgelegt sind.

Wir als Antifaschisten und Linke halten dem entschieden wie eh und je entgegen: „Hoch die internationale Solidarität! Kampf den Unterdrückern und Despoten! Selbstbestimmung und Freiheit für alle Völker und Menschen auf dieser Welt.“

Wir bekennen uns zur deutschen Verantwortung gegenüber den Verbrechen und Gräueln der Nazis.

Wir gedenken der Abermillionen Toten, der gefolterten und entrechteten Menschen während der Nazidiktatur.

Wir danken all den Menschen und Nationen, die uns unter eigenem hohen Blutzoll vom Faschismus befreit haben.

(...) Fortsetzung auf Seite 11

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Keine Kreismitgliederversammlung im Juni!

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Kein Termin im Juni

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, 9. Juni, 19 Uhr in Gaststätte „Zum Onkel Paul“ in Hann. Münden, Siebenturmstr. 9

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Mittwoch, 8. Juni, 19 Uhr im Alevitischen Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Termine bitte bei Uli Maschke (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 7. Juni, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden Donnerstag 19 Uhr, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

Linker Stammtisch für alle!

Ab jetzt jeden ersten Donnerstag im Monat

Donnerstag, 02. Juni, ab 21 Uhr in der Hafensbar Kadenz, Judenstraße 17

Treffen der AKL (Antikapitalistische Linke)

Mittwoch, 15.06.16, um 19 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3



„Es ist einfach nur armselig, dass die vielen tausend Flüchtlinge von der griechisch-mazedonischen Grenze nun nicht etwa in Sicherheit, sondern in andere Lager gebracht werden, wo nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen noch schlimmere Zustände herrschen“, kritisiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Räumung des inoffiziellen Flüchtlingscamps bei Idomeni in Griechenland.

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum, Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1, 34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571, hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18, 37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973 oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

► Rüstung, Krieg und Flucht

von Sabine Lösing, Mitglied im Europaparlament, DIE LINKE

Angesichts der Flüchtlingskrise ist in Politik und Massenmedien viel davon die Rede, die „Ursachen“ müssten beseitigt werden. Nur in den seltensten Fällen sind dabei allerdings kritische Töne über die diesbezügliche Verantwortung der neoliberalen westlichen Außenwirtschaftspolitik zu vernehmen. Und noch seltener wird dabei die Rolle der Militärpolitik in den Blick genommen. Dass dies dringend notwendig wäre, zeigt allein schon die Tatsache, dass der Großteil der Geflüchteten in die EU aus Ländern stammt, in denen teils massive Konflikte stattfinden und wo zumeist auch die westlichen Staaten in der ein oder anderen Form militärisch aktiv sind.

Insgesamt trägt die EU-Militärpolitik auf vielfältige Weise dazu bei, dass sich Menschen gezwungen sehen, unter großen Risiken ihre Heimat zu verlassen. Es beginnt damit, dass dem Militär aus EU-Sicht letztinstanzlich die Rolle zufällt, den Bestand der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung mitsamt ihrer Hierarchie und Ausbeutungsstrukturen abzusichern. In dem im Mai 2011 erschienenen Bericht „Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020“ der hauseigenen Denkfabrik der EU, dem „Institute for Security Studies“ (EUISS), hieß es etwa: „Für den Schutz der Globalisierungsströme werden globale militärpolizeiliche Fähigkeiten (Schutz von Seewegen und kritischen Knotenpunkten etc.) und eine gewisse Machtprojektion (Verhinderung von Blockaden und Bewältigung von regionaler Instabilität) erforderlich sein.“

Überall dort also, wo relevante Rohstoffe „gefährdet“ oder Handelswege „bedroht“ sind, wo Staaten wirtschaftspolitisch andere Wege gehen wollen oder sie schlicht unter dem Druck neoliberaler Politiken in Chaos und Konflikte versinken, wird der Einsatz des Militärs häufig als letzte Option erachtet, um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte notdürftig unter Kontrolle zu halten. Gleichzeitig wird damit dafür gesorgt, dass weiter große Teile der Menschheit in bitterster Armut leben müssen, wodurch ein fataler Teufelskreis aus Armut und Krieg in Gang gesetzt wird. Denn in der Kriegsursachenforschung gilt

es als nahezu unbestritten, dass Armut der bei weitem wichtigste Faktor für das gewaltsame Ausbrechen von Konflikten ist, wie z.B. eine Weltbank-Studie (2003) betonte: „Krieg verursacht Armut, aber wichtiger noch für diese Konzentration ist, dass Armut die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegen erhöht.“

Öl ins Feuer wird weiter durch die umfassenden europäischen Rüstungsexporte gegossen. Zusammen haben die EU-Staaten 2013 Einzelgenehmigungen für Rüstungsexporte im Umfang von 36,7 Mrd. Euro erteilt. Was Deutschland anbelangt, so kletterten die Exportgenehmigungen 2015 mit ca. 12,5 Mrd. Euro sogar auf einen historischen Rekordwert. Immer größere Teile davon gehen an Drittstaaten, häufig an Länder in Krisenregionen und/oder in solche, deren wirtschaftliche Lage auch ohne hohe Rüstungsausgaben schon prekär genug ist. Beides ist eigentlich durch die im Gemeinsamen Standpunkt zum Waffenexport festgelegten EU-Rüstungsexportrichtlinien untersagt. Da dessen Einhaltung aber nicht verbindlich überprüft wird, können die EU-Länder munter Waffen in alle Welt schicken, dadurch Konflikte anheizen und Ländern dringend benötigte Ressourcen entziehen.

Aufgrund des beschriebenen Zusammenhangs zwischen Armut, Krieg und Flucht wäre eine – von verschiedenen – Möglichkeiten dies zu adressieren, sich einmal näher mit den Rüstungsausgaben zu befassen. Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut beliefen sich die Militärausgaben der NATO-Staaten 2015 auf rd. 900 Mrd. Dollar. Regelrecht schockierend sind diese Summen, wenn man bedenkt, dass Schätzungen zufolge für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele, die u.a. die Halbierung von Armut und Hunger bis 2015 beinhalteten, jährlich zwischen 80 und 140 Mrd. Dollar notwendig gewesen wären. Dabei hätte es sich nur um einen Bruchteil dessen gehandelt, was die NATO-Staaten Jahr für Jahr in ihren Rüstungssektor pumpen – und hier dürfte wohl auch ein wesentlicher Grund dafür liegen, dass die Millenniums-Entwicklungsziele meilenweit verfehlt wurden.

All dies spielt in das komplexe Geflecht aus Armut, Konflikten und Flucht hinein

**Europabüro
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

– und weil in der EU keinerlei Bereitschaft existiert, an den hier zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen Ursachen etwas zu verändern, wird der Rückgriff auf das Militär immer häufiger „erforderlich“. Dazu gehört auch der Versuch, diejenigen, die vor den Verheerungen der westlichen Wirtschafts- und Kriegspolitik flüchten, notfalls auch militärisch daran zu hindern, die EU zu erreichen. In einer bemerkenswert offenen und zynischen Deutlichkeit beschrieb der bereits erwähnte EUISS-Bericht den hieraus abgeleiteten „Bedarf“ wie folgt: „Abschottungseinsätze – Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen. Da der Anteil der armen, frustrierten Weltbevölkerung weiterhin sehr hoch sein wird, werden sich die Spannungen zwischen dieser Welt und der Welt der Reichen weiter verschärfen – mit entsprechenden Konsequenzen. Da es uns kaum gelingen wird, die Ursachen dieses Problems, d.h. die Funktionsstörungen der Gesellschaften, bis 2020 zu beseitigen, werden wir uns stärker abschotten müssen.“

Tatsächlich führt die EU eine Reihe solcher „Abschottungseinsätze“ durch: Relativ bekannt sind dabei das Agieren der Grenzschutzagentur Frontex und die Operation „Sophia“ (EUNAVFOR) im Mittelmeer. Mit ihr sollen Schleppernetzwerke bekämpft werden, wodurch Menschen de facto aber dazu gezwungen werden, immer riskantere Fluchtrouten zu wählen. Weniger bekannt, aber ebenfalls wichtig, sind diverse „Ertüchtigungseinsätze“, um die Kapazitäten zur Migrationsbekämpfung afrikanischer Länder zu „verbessern“ – der Einsatz EUBAM Libya ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Mit all diesen Interventionsformen werden Länder allerdings entgegen dem vollmundig erklärten Anspruch nicht stabilisiert, sondern vielmehr destabilisiert. Wer also wirklich ernsthaft an den Ursachen der Flüchtlingskrise ansetzen will, der muss sich nicht nur für eine grundlegend andere Wirtschaftspolitik einsetzen, sondern gleichzeitig auch dieser unseligen Militärpolitik eine deutliche Absage erteilen.

► Kandidaten Kreistag Wahlbereiche gewählt

Auf der Aufstellungsversammlung für den Kreistag wurden am 18. Mai insgesamt 54 Kandidat(inn)en gewählt. Alle 13 Wahlbereiche wurden dabei besetzt. Die beiden bisherigen Kreis-

tagsabgeordneten Eckhard Fascher und Andreas Gemmecke wurden dabei erneut als Spitzenkandidaten für die Wahlbereiche Innenstadt und Geismar gewählt. Mit 14 Kandidatinnen beträgt

die Frauenquote lediglich 26 Prozent, was gemessen an unseren Ansprüchen viel zu wenig ist, aber noch leicht über den Mitgliederanteil liegt.

Wahlbereich	1	2	3	4	5	6	7
1. GÖ-Oststadt	Anna Leineweber	Thomas Goes	Anne Schreiner	Manfred Engelbert	Peter Kasten	Heino Berg	Christian Mosewitsch
2. GÖ-Geismar	Andreas Gemmecke	Thomas Bredy	Nelli Piechaczek	Rolf Ralle	Manuel Dornieden	Dietmar Reitemeyer	
3. GÖ-Grone	Rasmus Schad	Bärbel Safieh	Sabrina Vache	Edgar Schu	Helmut Nebel	Renate Locoh	
4. GÖ-Weende	Konrad Kelm	Peter Strathmann.	Britta Schmerling	Alex S.	Jo Bons		
5. GÖ-Innenst.	Eckhard Fascher	Volker Kühn	Brunhilde Schöne	Klaus Schild	Frank Schwager	Robert Vogt	
6. HMÜ	Gerd Nier	Jost Lessmann					
7. Rosd./ Drans./ St.	Doreen Bethé	Stine Rummel-Strebelow	Bilen Onal	Wolfgang Krumbein	Carsten Huhn	Simon Zacharias	
8. Bov./ Fri./ Adel.	Oliver Preuß	Matthias Voigt	Maik Gemmecke				
9. Gie/ Gl./ Rad	Olaf Junghähnel	Ferzan Kaplan					
10. DUD	Gunhild Hornsby-Kegel	Anton Schneppe					
11. BGr./ Osterode	Hanjo Rose	Andreas Mose					
12. Herzb./ Hatt.	Ilyas Cangöz	Sabine Lange	Johnny Schlenstedt	Vedat Benzer			
13. BLa/BSa/Walk.	Timo Rose	Teresa Cruz	Carmen Rose				

Presseerklärung Die LINKE Göttingen/Osterode 13.05.2016

► Dezentrale Integration statt Flüchtlingskasernierung!

Die LINKE Göttingen/Osterode protestiert gegen die Pläne von Bürgermeister Köhler, 400 Flüchtlinge aus dezentralen, betreuten Einrichtungen binnen 14 Tagen in einem fensterlosen ehemaligen Großmarkt eines Industriegebietes am Stadtrand unterzubringen.

Während sich um die verschiedenen Gemeinschaftsunterkünfte in der Stadt Helfer*innenkreise gebildet haben und allen Beteiligten klar ist, dass dezentrale Unterbringung in kleinen Wohneinheiten die Integration besser fördern würde und keine weitere „Ghettobildung“ aufkommen lässt, soll nun das genaue Gegenteil gemacht werden. Die geplante Massenunterkunft am Anna-Vandenhoeck-Ring soll Geflüchtete abschrecken, anstatt sie hier willkommen zu heißen.

Die LINKE unterstützt dagegen die Forderungen des Vernetzungstreffens der Flüchtlingshelfer*innen-Initiativen nach Mindeststandards für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, welche die Voraussetzung für ein konfliktfreies, nachbarschaftliches Zusammenleben bilden. Das entsprechende Papier wurde in der Sitzung des Integrationsrats am 09.05. auch durch den Bildungsdezernenten Herrn Lieske begrüßt. Bei einer kleinen Protestaktion vor Ort zeigte sich, dass Geflüchteten und ihre Helfer*innen absolut nicht mit dem geplanten Umzug in eine Massenunterkunft einverstanden sind.

Es gibt keine überzeugende Begründung für die Absicht, die bestehenden Unterkünfte aufzulösen, damit eine große

Zahl der Geflüchteten nun in einer einzigen, sogar qualitativ schlechteren Notunterkunft untergebracht wird. Flüchtlinge sind kein Stückgut, das beliebig hin und her geschoben werden kann! Sie sind Menschen wie Du und ich und haben sich in ihrem Umfeld zum Teil eingelebt, einige Kinder gehen in Schulen oder Kitas, es gibt einen Gemeinschaftsgarten in Geismar, es gibt Einbindung in Vereine, Kurse und ähnliche Strukturen.

Erfahrungsgemäß werden einmal geschaffene Fakten wie eine Hallen-Unterbringung nicht so schnell wieder geändert. Die Flüchtlinge erhalten zwar laut Lieske vorher alle eine Möglichkeit zur Anhörung. Wo sie dann unterkommen, wird aber seitens der Stadtverwaltung ohne Rücksprache mit den Betroffenen und den Menschen entschieden, die sich für ihre Rechte eingesetzt haben.

Nach den ermutigenden Aktionen insbesondere von Göttinger SchülerInnen für ein Bleiberecht aller Geflüchteten und für die Nutzung von leerstehenden

(...) weiter auf der nächsten Seite

► LINKE. stellen Kandidaten für die Kommunalwahlen im Kreisgebiet auf

In den Monaten April und Mai haben mehrere Aufstellungsversammlungen der LINKEN für die Kommunalwahlen im Kreisgebiet stattgefunden. Dabei wird DIE LINKE in folgenden Städten und Gemeinden antreten:

Noch-Kreis Göttingen:

Stadt Hann- Münden:

Stadtrat

Samtgemeinde Dransfeld:

Samtgemeinderat + Stadtrat Dransfeld

Gemeinde Rosdorf:

Gemeinderat + Ortsrat Rosdorf

Noch-Kreis Osterode:

Stadt Herzberg:

Stadtrat

Stadt Bad Lauterberg:

Stadtrat

Gemeinde Bad Grund:

Gemeinderat + Ortsrat Flecken Gittelde
Gemeinde Walkenried – Gemeinderat + Ortsrat Wieda

Sollte DIE LINKE in etwa so abschneiden wie bei den bisherigen Wahlen seit 2011 kann in den Städten und (Samt)Gemeinden mit jeweils einem Sitz gerechnet werden. Durchaus möglich wäre ein zweiter Sitz in Hann. Münden, der auch in Rosdorf nicht ausgeschlossen ist.

Hann: Münden:

In Hann. Münden ist DIE LINKE mit der Ratsfrau Kirsten Klein im 34köpfigen Stadtrat vertreten. Am 28. April wurde Kirsten Klein erneut als Spitzenkandidatin der 4köpfigen Liste gewählt. Weitere Kandidaten sind das KSR-Mitglied Michael Kaufmann, die Krankenschwester Birgit Herbst und Olaf Klein. Ein Schwerpunktthema sind die Vorgänge um den Verkauf der Müндener Kliniken an einen privaten Investor, über die in den Göttinger Blättern wiederholt berichtet wurde. Ein aktuelles Thema ist beispielsweise der Widerstand gegen den Verkauf des Stadtwaldes.

Dransfeld:

Im Samtgemeinderat wurde vor fünf Jahren Uli Maschke für DIE LINKE gewählt. Für ein Mandat im Dransfelder Stadtrat hatte es damals nicht gereicht. Im April wurden erneut sowohl für den Samtgemeinderat als auch die Stadt Dransfeld 4köpfige Listen mit Uli Maschke als Spitzenkandidaten aufgestellt. Beide Listen umfassen vier Personen, die für beide Listen ab Platz 2 in folgender Reihenfolge kandidieren: Rose Kany von Trausnitz, Sabine Maschke, Gerd Kleinschmidt. Der Ortsverband setzt sich unter anderem für die Einrichtung einer IGS Dransfeld ein.

Rosdorf:

Im Gemeinderat Rosdorf gibt es in dieser Wahlperiode eine SPD/ LINKE-Gruppe, die einzige ihrer Art überhaupt im neuen Landkreis. LINKER Ratsherr ist der Vorsitzende der Yezidischen Gemeinde und stellvertretende Bürgermeister Azad Onal.

Am 17. Mai wurde eine fünfköpfige Liste mit Stine Rummel-Strebelow als Spitzenkandidatin gewählt. Weitere Kandidaten sind Bilen Onal, Simon Zacharias, Kurt Saalman, Bernd-Mouhedine Schmidt.

Für den Ortsrat Rosdorf, in dem DIE LINKE bisher nicht vertreten ist, kandidieren Simon Zacharias, Stine Rummel-Strebelow, Bernd-Mouhedine Schmidt, Kurt Saalman.

Als Erfolg verbucht der Ortsverband unter anderem die geplante Einrichtung eines Familienzentrums und das Engagement der Gemeinde für die Flüchtlinge. Für die kommende Periode fordert DIE LINKE u.a. sozialen Wohnungsbau in der Gemeinde und eine bessere ÖPNV-Anbindung.

Noch-Kreis-Osterode:

Bei einer Aufstellungsversammlung hat der OV Kreis Osterode am 4. Mai Wahllisten für zwei Städte, zwei Gemeinden und zwei Ortsräte aufgestellt. Schwerpunkt der Arbeit war die Ablehnung der Kreisfusion zwischen Göttingen und Osterode, sowie der Widerstand gegen den Abbau der demokratischen Infrastruktur.

In Herzberg

wird DIE LINKE seit zehn Jahren durch den aktiven Gewerkschafter und Antifaschisten Ilyas Cangöz repräsentiert, der auch Vorsitzender des Alevitischen Kulturverein ist. Ilyas tritt erneut als Spitzenkandidat an, weiter kandidieren Sabine Lange, Jonny Schlenstedt und Vedat Benzer.

In Bad Lauterberg

wird DIE LINKE mit der Pflegekraft Teresa Cruz Avellaneda antreten. Bisher gibt es keine LINKEN im Stadtrat.

In Bad Grund

kandidiert der KFZ-Mechaniker Andreas Mose sowohl für den Gemeinderat als auch den Ortsrat Flecken Gittelde. DIE LINKE wird aktuell im Gemeinderat durch Tefvik Sahin vertreten.

Walkenried

In dem von einer Samtgemeinde in eine Einheitsgemeinde umgewandelten Walkenried stellen sich der Informatiker Timo Rose, der Alltagsbegleiter für Demenzerkrankte Hanjo Rose und die Rentnerin Carmen Rose zur Wahl, ebenso wie für den Ortsrat Wieda. Timo vertritt DIE LINKE im (Noch)Gemeinderat Wieda, im Samtgemeinderat Walkenried war DIE LINKE durch Timo von 2006 bis 2011 vertreten. Ein Schwerpunkt ist die Kritik an der Bildung der Einheitsgemeinde, die DIE LINKE als einzige Partei abgelehnt hatte.

.....

(...) Fortsetzung „Dezentrale Integration“ von Seite 8

Gebäuden sollten die entsprechenden Initiativen und Organisationen so schnell wie möglich zusammenkommen, um eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten und bezahlbaren Wohnraum für alle in unserer Stadt durchzusetzen.

► Eine Mini-Nazidemo, viele Gegendemonstranten und Polizeiübergriffe

Für Samstag, den 21. Mai hatte der „Freundeskreis Thüringen/ Niedersachsen eine Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz angemeldet. Es standen dort rund 25 – 50 Extremisten nach unterschiedlichen Schätzungen 500 bis 800 Gegendemonstranten gegenüber.

Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler hatte zwar im Vorfeld klar gestellt, dass die Stadt keine Aktivitäten des „Freundeskreis“ in Göttingen wolle, man könne die Kundgebung aber nicht verhindern. Die Stadt Göttingen hatte demzufolge diese Kundgebung ebenso genehmigt wie die vom DGB angemeldete Gegenkundgebung „Jeder Platz ist unser Platz – Göttingen ist bunt, weltoffen und tolerant“ und kleinere Gegendemonstrationen genehmigt.

Innerhalb von zwei Tagen wurde dann eine wirklich breite Gegendemonstration auf die Beine gestellt. Antifaschistische Gruppen wie die ALI oder VVN nahmen ebenso teil wie Gewerkschaften oder Parteien wie DIE LINKE, SPD, Grüne, Piraten und DKP.

Laut Aussage der ALI, die von 43 Gegendemonstranten ausgeht, „stammte weniger als die Hälfte aus dem Landkreis Göttingen. Den Rest stellten Neonazis der Kleinstpartei „Die Rechte“ aus Dortmund, des „Nationalen Widerstand Nienburg/Weser“, der „German Defence League“ und Nazihooligans von „HoGeSa“ („Hooligans gegen Salafisten“) und „Gemeinsam stark e.V.“

Diese wenigen Demonstranten wurden von einer erheblichen Zahl von Polizisten geschützt. Zu deren Einsatz schreibt

goest: „Zum Schutz der Rechtsradikalen, bzw. „Gewährleistung des Rechtes auf Versammlungsfreiheit“ war ein erheblicher Aufwand seitens der Polizei und Bundespolizei betrieben worden. Auffällig war, dass die Kleinbusse der Polizei ausschließlich Kennzeichen aus Hannover und Lüneburg aufwiesen und keine Kennzeichen aus Göttingen. Mit dicht an dicht stehenden Polizei-Transportern war eine U-förmige Wagenburg rund um den Bahnhofplatz errichtet worden. Am offenen Ende, an der Pergola befanden sich Absperrgitter. Ebenso am Zugang zum Haupteingang des Bahnhofes. Bahnreisende, die sich mit dem Zugticket Zugang zum Bahnhof verschaffen konnten mußten an einer Staffel von Polizeihunden mit Maulkörben vorbei.

Vor 13.30 Uhr kam es bereits zu Festnahmen und dem Einsatz von CS-Gas seitens der Polizei. Einige Gegendemonstranten hatten die Sperren überwunden und liefen auf den freien Bahnhofsvorplatz. Mehrere von ihnen wurden von Polizisten zu Boden gebracht, andere flüchteten zurück. In einer Erklärung der Polizei heißt es dazu: „Die Polizei stellte in diesem Zusammenhang die Identität von 13 Tatverdächtigen fest und untersagte ihnen die weitere Teilnahme an der Versammlung. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung eingeleitet und u. a. diverse Vermummungsgegenstände sichergestellt.“ (...) Im weiteren Verlauf der Versammlung stellten Polizeikräfte noch die Personalien von zwei weiteren mutmaßlichen Straftätern

fest. Entsprechende Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz bzw. Körperverletzung sind eingeleitet.“

Auffallend war die deutliche Diskrepanz zwischen einer anfangs friedlich-entspannten Stimmung unter den Demonstranten und des martialisch-aggressiven Auftretens der Polizei. So wurde auch die sicherlich nicht militante SPD-Landtagsabgeordnete Gabriella Andretta, die laut Augenzeugen mit der Polizei reden und vermitteln wollte, durch den Einsatz von CS-Gas verletzt und musste sich in ärztliche Behandlung begeben.

Für die Göttinger Linke hatte Gerd Nier in einer Presseerklärung erhebliche Kritik an der Polizeigewalt geübt und die Frage aufgeworfen, ob von Seiten der Stadt die faschistische Kundgebung wegen einer negativen Gefahrenprognose hätte verboten werden können.

Auch wies er daraufhin, dass nach dem offiziellen Ende der Demonstration die berüchtigten paramilitärischen „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten“ (BFE) noch gegen antifaschistische Demonstranten vorgegangen sind.

Ein Mitglied der Grünen Jugend (GJ) erlitt offensichtlich durch einen gezielten Faustschlag eines Polizisten eine Gehirnerschütterung. Hinterher behauptete der mutmaßlich gewalttätige Polizist, dass ihn das Mitglied der GJ geschlagen habe und erstattete Anzeige. Auch die GJ wandte sich gegen den rechtsfreien Raum, in dem offenbar die BFE agiert und fordert deren Auflösung. Weiter möchte sie eine Kennzeichnungspflicht für die Polizei wie sie in anderen Bundesländern besteht und auch von der Linkspartei gefordert wird.

Angesichts der Polizeigewalt, die ausgerechnet gegen antifaschistische Demonstranten unterschiedlicher politischer Richtungen ausgeübt wurde, ist sicherlich die Frage erlaubt, ob Einsatzleitung und einzelne Polizeibeamte sich dem Ideal der demokratischen Grundrechte und der Menschenrechte verpflichtet fühlen oder vielmehr mit Rechtsextremisten sympathisieren. Einheiten wie das BFE mögen einer faschistischen Diktatur angemessen sein, demokratisch sind sie nicht.

*Eckhard Fascher,
Quellen: Eigene Beobachtungen und
www.goest.de*



Foto: ALI Göttingen

Leserbrief an das Göttinger Tageblatt von Gerd Nier vom 11. Mai 2016

► Umquartierung von Flüchtlingen ist gegen alle Regeln von Integration

Das Abschotten der nationalen Grenzen vieler europäischer Staaten, das rigorose Schließen der sogenannten Balkanroute und der mehr als fragwürdige Deal mit der Türkei haben dazu geführt, dass die Zahl der geflohenen Menschen, die Deutschland erreichen, momentan deutlich zurückgegangen ist. Ob das so bleiben wird, ob die vor Krieg, Elend und Hunger fliehenden Menschen sich nicht neue Wege suchen (müssen) und ob der Fast-Diktator Erdogan selbst die schäbigen Abmachungen mit der EU gegen Bares und Visumfreiheit einhält, lässt sich noch keineswegs absehen.

Unbenommen der weiteren Entwicklung, wäre es unsere vordringlichste Aufgabe in der jetzigen Situation, die Bedingungen der bei uns aufgenommenen geflohenen Menschen zu verbessern. Integration heißt sicherlich Sprachkurse, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten anzubieten. Integration heißt aber zu allererst, die Menschen möglichst nicht in Massenunterkünften zu isolieren, ihnen eine eigene Privatsphäre vorzuenthalten und sie wie auf einem „Verschiebebahnhof“ hin und her zu verlagern. Wenn jetzt, wie zu vernehmen ist, die Stadtverwaltung Menschen aus den mittelgroßen Wohneinheiten, wie der

alten Voigtschule und kleineren Wohneinheiten in die über 400 Menschen fassende Sammelunterkunft in einer ehemaligen Lagerhalle in Grone unterbringen will, ist dies „ein Schlag ins Gesicht“ eines eh nur rudimentären dezentralen Unterbringungskonzeptes. Dann kann ist dies die Zerstörung aller Integrationsbemühungen der vielen ehrenamtlichen Helfer*innen an den bisherigen Unterbringungsorten der geflohenen Menschen.

Hat die Stadt etwa Angst davor, dass ihr irgendwann einmal das Rechnungsprüfungsamt vorhalten wird, dass sie 2,5 Millionen Euro in den Umbau einer auf fünf Jahre angemieteten Lagerhalle investiert hat und diese dann nicht voll ausgelastet wurde. Müssen deshalb kleinere, in Ansätzen überschaubare Einheiten geschlossen werden, gewachsene Strukturen zerstört und Menschen hin und her geschoben werden? Ist das der Beitrag der Stadtverwaltung zur vielbeschworenen Willkommenskultur und Integrationsaufgabe? Schade, wie wieder einmal bürokratisches Handeln und Denken gute Vorsätze, zivilgesellschaftliches Engagement und soziale Kriterien beiseite schieben.

► Humanität und Rechtsstaatlichkeit

Welches christliche Menschenbild mag wohl die christdemokratische niedersächsische Landtagsabgeordnete Joumaah vertreten, wenn sie davor warnt, dass Humanität als Schwäche verstanden werde könnte. Wenn sie Menschen, die wegen einer angeordneten Abschiebung untergetaucht sind die medizinische Versorgung auf der Grundlage der anonymen Krankenversicherung verweigern

lassen will. „Weiterhin staatlich geduldete Krankenversorgung, die dem Rechtsstaatsprinzip widerspreche“, nennt Frau Jahn (CDU) das. Gemeint sind in diesem Falle konkret die beiden Göttinger Roma-Familien, die sich der groß angelegten Abschiebung am 20. Februar entzogen haben und deren Aufenthaltsort bisher unbekannt geblieben ist.

Gemeint sind 18 Menschen, davon 13 Kinder, die den größten Teil ihres Lebens, bzw. ausschließlich in Göttingen gewohnt haben. Auf sie bezog sich nämlich die kleine Anfrage und die damit verbundene Kommentierung von drei niedersächsischen Landtagsabgeordneten der CDU. Kein Mensch ist illegal, aber erst recht darf keinem Menschen die notwendige (medizinische) Hilfe versagt werden, egal in welcher Situation er sich befindet, wenn er darauf angewiesen ist. Sonst müsste unser Rechtsstaat wegen unterlassener Hilfeleistung einschreiten. *Gerd Nier*

(...) Fortsetzung „8. Mai 16, Rede von Gerd Nier“ von Seite 5

Wir wollen, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung endlich auch die gebührende Anerkennung durch unseren Staat erhält, indem er zum Feiertag erklärt wird.

netzen, noch wachsamer sein, noch entschiedener den braunen Rattenfängern entgegentreten.

Hier in Göttingen wollen und müssen wir gemeinsam den Widerstand formieren, unabhängig davon, ob auch hier die AfD den Versuch unternehmen wird, im Stadtrat und im Kreistag kommunale Sitze zu erringen. Auch wenn wir stolz sein können auf die vergleichsweise starken antifaschistischen Strukturen in unserer Stadt, müssen wir uns noch stärker ver-

Wehren wir uns also gemeinsam gegen das Wiedererstarken rechter, faschistischer und rassistischer Ideologien, hier vor Ort in der Bundesrepublik und in Europa. Dazu werden wir Durchhaltevermögen, Mut und Standhaftigkeit aufbringen müssen. Denn es gilt:

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“



► Demo: Siekhöhe is' nicht!

Etwa 500 Göttinger*innen haben am 19.05.16 gegen die Pläne der Stadtverwaltung demonstriert, Flüchtlinge, die bereits an verschiedenen Standorten in Göttingen dezentral untergebracht sind, in einer fensterlosen Halle im Industriegebiet Grone auf der Siekhöhe zu kasernieren, nachdem am Mittwoch schon eine geplante Zwangsräumung im sogenannten „Weißen Haus“ im Hagenweg verhindert werden konnte. Aufgerufen hatte das Lampedusa-Bündnis, zahlreiche Geflüchteten- und Unterstützerinitiativen, die Basisdemokratische Linke, DIE LINKE, solid (BRA) und die Grüne Jugend.

Bei der Auftaktkundgebung am Rathaus erzählten Geflüchtete ihre Erfahrungen mit den menschenunwürdigen Bedingungen in den Massenunterkünften, in denen sie nach ihrer Ankunft in Deutschland untergebracht waren. Nun befürchten sie, auf der Siekhöhe wieder ohne Privatsphäre, ohne eigene

Kochmöglichkeiten auf engstem Raum isoliert, am äußersten Rand Göttingens leben zu müssen. Besonders kritisiert wurde auch, dass es dort untersagt wäre, Besuch zu empfangen und so die bereits bestehenden sozialen Bindungen gekappt werden.

Nach den Berichten der Flüchtlinge und der Unterstützerinitiativen verlas Edgar Schu als Anmelder und Mitglied von DIE LINKE folgende Forderungen, die mit Begeisterung von den Demonstranten begrüßt wurden: „Die Teilnehmer der heutigen Demonstration lehnen jede Zwangsumsiedlung von Geflüchteten in die Massenunterkunft an der Siekhöhe ab. Für die dezentrale Unterbringung sind auch spekulativ leerstehende Wohnungen zu nutzen. Wir fordern bezahlbaren Wohnraum für alle! Wir lehnen die Abschiebung von Geflüchteten aus Göttingen ab und verurteilen die Schließung der Grenzen für Menschen, die hier Schutz suchen.“ Wenn der Bürgermeister

das Sammellager, in das mehrere Millionen Euro investiert wurden, nicht leer stehen lassen will, solle er sich dafür einsetzen, dass 400 Flüchtlinge, die an den EU-Außengrenzen im Schlamm ausharren, dort untergebracht werden. Weder der Oberbürgermeister noch ein anderer Vertreter der Stadtverwaltung wollte trotz vorheriger Einladung zu den Vorwürfen Stellung nehmen.

Auf der anschließenden Demonstration durch die Innenstadt bis zum Gänseliesel schlossen sich weitere Bürger*innen an. Manuel Dornieden, der für DIE LINKE und die SAV sprach, erinnerte daran, dass trotz allgemeiner Wohnungsknappheit genug Wohnraum für alle Alt- und Neu-Göttinger*innen da wäre, wenn es ein entschlossenes Vorgehen gegen spekulativen Leerstand und ein engagiertes Wohnungsbauprogramm in kommunaler Hand gäbe.

Die Demonstranten haben klar gemacht, dass der Stadtverwaltung, sollte sie nicht von ihren Plänen abrücken, bei jeder versuchten Zwangsräumung weiter Widerstand entgegengesetzt wird.

(mb)

(...) Fortsetzung „Zwangsarbeiterausstellung gefährdet“ von Seite 1

Als Mitglied des Kulturausschuss musste ich es immer wieder erleben, dass geeignete Lösungen für die Dauerausstellung aus Kostengründen immer wieder verworfen worden. Bereits im Jahre 2010 war die Ausstellung bereits in der Öffentlichkeit gezeigt worden. Es hatte dann also noch fünf Jahre gebraucht bis endlich Räumlichkeiten für eine Dauerausstellung bereit standen.

Mittlerweile besteht die Zwangsarbeiterausstellung in der BBS II als kreiseigenen Gebäude etwas mehr als ein Jahr. Bereits im November des letzten Jahres hatten die Geschichtswerkstätten darauf hingewiesen, dass sie mit ausschließlich ehrenamtlichen Kräften die Präsentation der Ausstellung auf Dauer nicht bewältigen können. So schreibt die Geschichtswerkstatt Duderstadt auf ihrer Homepage: „Diese Arbeit erfordert aber eine kontinuierliche inhaltliche Betreuung, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit Schulen und anderen Bildungsträgern ist zu leisten, Förderanträge zur dauerhaften Sicherung der Arbeit müssen ausgearbeitet und gestellt werden, Unterrichtsmaterialien bzw. didaktische Schulprojekte für Jugendliche ab 14 Jahren müssen ausgearbeitet werden. Dafür bedarf es

einer kompetenten Person, die kontinuierlich für die Ausstellung zur Verfügung steht. Die Geschichtswerkstätten können diese Arbeit aufgrund ihrer geringen personellen Kapazitäten aber auf Dauer nicht leisten.“

Für diese anspruchsvolle Aufgabe wurde von Seiten der Geschichtswerkstätten im November 2015 bei den Beratungen für den Haushalt 2016 ein Personalkostenzuschuss von lediglich 20.000 Euro jährlich beantragt, also deutlich weniger als 2.000 Euro im Monat, was vielleicht gerade für eine halbe Stelle ausreichen würde. Dieser Antrag wurde lediglich von den LINKEN unterstützt.

Ein erneuter, von uns gestellter Antrag der Ausstellung den von den Geschichtswerkstätten geforderten Zuschuss zu gewähren, wird endgültig bei der letzten Kreistagssitzung vor der Kommunalwahl entschieden, die am 22. Juni 2016 stattfindet. Die Reaktionen von SPD, CDU und Grünen auf den Antrag lassen nicht gerade optimistisch stimmen, obwohl die beiden Landkreise Göttingen und Osterode im Haushaltsjahr 2015 zusammenge-rechnet elf Millionen Euro Überschuss haben, also trotz eines Zukunftsvertrages solche relativ geringen Mehrausgaben

eigentlich kein Problem darstellen. Diese Parteien argumentieren unterstützt von der Verwaltung damit, dass grundsätzlich keine Personalkostenzuschüsse bezahlt werden sollen. Auch wenn damit das Weiterbestehen dieser einzigartigen Ausstellung gefährdet ist. Wollen das SPD, CDU und Grüne? Man sollte eigentlich meinen, dass gerade vor dem Hintergrund wachsender Erfolge von rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien in Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie eines erneut zunehmenden Nationalismus und Rassismus in unserer Gesellschaft die Notwendigkeit erkannt wird, einen solcher Ort des Gedenkens und der Erinnerung auch gerade für junge Menschen unbedingt zu erhalten. Will man riskieren, dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus und seine Folgen immer mehr verblassen? Zeitzeugen leben kaum noch, umso mehr braucht es solche Orte der Dokumentation und Erinnerung.

Die entscheidende Beratung zum Antrag findet im öffentlich tagenden Kulturausschuss am Montag, 13. Juni 2016, um 15 Uhr im Kreishaus statt.